

Handelsblatt, 4.5.2022

Klimaschutz-Sofortprogramm

Sonderabschreibungen für E-Autos geplant

Der Verkehrssektor muss Millionen Tonnen CO₂ einsparen. 2022 werden die Vorgaben nicht eingehalten.

Daniel Delhaes Berlin

Mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm will die Bundesregierung ihre Klimaschutzziele im Verkehrssektor erreichen. Das Paket umfasst neue Förderprogramme und steuerliche Anreize, wie im Entwurf aus dem Ressort von Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) steht. Dieser liegt dem Handelsblatt vor.

Allerdings wird Wissing die Vorgaben in diesem Jahr trotzdem nicht erfüllen. Der Verkehrsminister sagte dem Handelsblatt dazu: „Wir erreichen die Klimaziele nicht kurzfristig. Wichtig ist doch aber, dass wir einen Pfad einschlagen, der uns sicher zur Klimaneutralität führt.“

Geplant ist eine „Plattform Klimaschutz in der Mobilität“, die bis Ende des Jahres „ein konkretes Bündel mit gesellschaftlich und wirtschaftlich tragfähigen Maßnahmen zum Verkleinern der verbleibenden CO₂-Lücke erarbeitet. Im Fokus dieses Vorhabens stehen mittel- und langfristig wirksame Maßnahmen, die im Jahr 2023 auf den Weg gebracht werden können.“ Dazu gehört unter anderem die stärkere Förderung von vollelektrischen Fahrzeugen. Unternehmen sollen sie per Sonderabschreibung leichter finanzieren können. Für Hybrid-Autos soll es dagegen keine weitere Förderung mehr geben.

Das Programm soll laut Wissing im Sommer vom Kabinett beschlossen werden. Auch er habe wie die anderen Ressorts Vorschläge eingebracht und appelliert an den federführenden Klimaminister Robert Habeck (Grüne), die Bedürfnisse der Bürger zu berücksichtigen. „Wir suchen gemeinsam nach optimalen Lösungen.“

Klimaschutzgesetz verpflichtet Wissing zu Tempo

Der Verkehrssektor hat 2021 rund 146 Millionen Tonnen Kohlendioxid emittiert und damit drei Millionen Tonnen mehr als mit den Klimazielen vorgegeben – obwohl Menschen und Güter angesichts der Pandemie weniger mobil waren. Dies entspricht rund 20 Prozent aller Emissionen.

Da neben dem Verkehrssektor auch der Gebäudebereich, die Industrie und der Energiesektor ihre Ziele verfehlt haben, müssen auch sie mit Sofortmaßnahmen reagieren. Sie alle sollen die Emissionen im Vergleich zu

gelte für Personen- und Güterverkehr.

Die Bilanz der vergangenen Jahre sieht indes alles andere als gut aus. „Im Verkehrssektor sind in den vergangenen Jahrzehnten keine ausreichenden strukturellen Veränderungen für eine nachhaltige Minderung der Treibhausgasemissionen erreicht worden“, heißt es in dem Entwurf. Um das im Klimaschutzgesetz festgelegte Ziel für 2030 zu erreichen, sei „die erhebliche Erhöhung des Anteils der elektrischen Fahrleistungen im Straßenverkehr“ nötig.

Entsprechend stehen Kaufanreize für rein batteriebetriebene Fahrzeuge im Zentrum des Maßnahmenpakets. So soll es „steuerliche Erleichterungen für die Nutzung von elektrischen Pkw und Nutzfahrzeugen“ geben, „um die Anreize für klimaschonendes Verhalten zu erhöhen“. Eine Sonderabschrei-

146

Millionen Tonnen CO₂ hat der Verkehrssektor im vergangenen Jahr emittiert – drei Millionen Tonnen mehr als vorgegeben.
Quelle: Umweltministerium

bung von 50 Prozent im ersten Jahr für „ausschließlich vollelektrische Fahrzeuge sowie eine Ausweitung auf alle elektrischen Firmenwagen“ sollen die E-Mobilität weiter voranbringen.

Die Regelung soll von 2023 bis 2026 gelten und umfasst in Zukunft nicht mehr Plug-in-Hybride. Für sie soll auch keine Kaufprämie mehr gezahlt werden. Diese dürfte es nur noch beim Kauf vollelektrischer Fahrzeuge geben. Wirtschaftsminister Habeck hatte bereits angekündigt, er wolle die Kaufprämien ab 2023 nur noch für rein elektrische Autos auszahlen. Details finden sich im Entwurf allerdings nicht. Neben den steuerlichen Anreizen setzt Wissing darauf, die Ladeinfrastruktur auszubauen. Seinen entsprechenden Masterplan will das Ministerium noch vor der Sommerpause vorlegen.

Anzeige

CORPORATE HEALTH AWARD 2022

HEALTH DEFINES FUTURE

Bewerbung bis 31.05.